

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: Die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 67.

Donnerstag, den 10. Juni

1909.

Bekanntmachung.

Wie dem Stadtrat durch beteiligte Fabrikanten und durch den Industrieschulsausschuß bekannt geworden, herrscht zur Zeit eine außerordentliche Nachfrage nach Fernnäherinnen. Es soll daher versucht werden, durch Einführung von **Unterrichtskursen an der hiesigen Industrieschule für Frauen und Mädchen neue Arbeitskräfte im Tambour- und Bekleidungsberufe heranzubilden.**

Gelübte, mit allen vorkommenden Arbeiten und Stichtarten vertraute Näherinnen werden von hiesigen Fabrikanten zur Verfügung gestellt. Der Kursus soll unentgeltlich sein. Für angefertigte Waren wird ein entsprechender Arbeitslohn an die Lernenden bezahlt.

Anmeldungen zum Besuch der Unterrichtskurse können erfolgen beim Stadtrat und bei Herrn Kunstschullehrer Kneifel direkt oder auch durch hiesige Fabrikanten und finden, soweit Platz und Musterlehrerinnen zur Verfügung stehen, der Reihe nach Berücksichtigung. — Nährähnen oder Nährömmel sind mitzubringen. **Beginn des Kursus nächsten Montag in der hiesigen Kunstschulzweigabteilung.**

Eibenstock, den 9. Juni 1909.

Der Stadtrat.
Hesse.

Die sächs. Nationalliberalen und die Lage im Reich.

In einem in der „Obererzgebirgischen Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz spricht sich Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die gegenwärtige Stellung der nationalliberalen Partei zu der neugeschaffenen politischen Lage folgendermaßen aus:

„Für die nationalliberale Partei ist die Stellung in dieser Situation gegeben. Sie hat von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß die Reichsfinanzreform sich aufbauen müsse auf einer allgemeinen Besitzsteuer, mit der Besteuerung entbehrlicher Genußmittel. Von diesem Standpunkt wird sich die Partei nicht abbringen lassen. Von allen Ecken und Enden bemüht man sich jetzt, die Nationalliberalen zu veranlassen, von links abzurücken und gemeinsam mit Zentrum und Konservativen die Reichsfinanzreform auf der Grundlage der konservativen Besitzsteueranträge zu machen. Die Beschlüsse des Zentralvorstandes beweisen, daß man diesen Sirenenrufen nicht folgen wird. Ohne eine allgemeine Besitzsteuer in der Form der Erbschaftsteuer ist die Reichsfinanzreform für die nationalliberale Partei unannehmbar. Den Herren preussischen Konservativen muß einmal gezeigt werden, daß sie nicht allein in Deutschland regieren und daß der nationale Liberalismus nicht gewillt ist, sich einfach auszuschalten zu lassen und ihnen die Steigbügel zu halten. Gerade in den jetzigen Vorfällen und Verbündungen von allen Seiten zeigt sich, welche große Bedeutung die nationalliberale Partei innerhalb des deutschen politischen Lebens ausmacht. Aus allen Schichten des Volkes bestehend, im Süden des Reiches verbreitet wie im Norden, als Trägerin des nationalen Gedankens seit der Gründung des Deutschen Nationalvereins dastehend, weiß man auch in konservativen Kreisen, wie es im Volke aufgenommen werden würde, wenn auch diese Partei, die so oft ihre eigenen Interessen dem Vaterlande geopfert hatte, diesmal gezwungen wird, beiseite zu stehen. Man möchte die Zustimmung der nationalliberalen Partei, damit sie gewissermaßen das Feigenblatt abgibt, hinter dem sich die Scham des konservativ-ultramontanen Bündnisses verberge, und damit man im Lande sagen könne, die nationalliberale Partei habe ja auch mitgemacht. Dazu sind wir zu gut. Glaubte es der Reichstagskanzler verantworten zu können, die Reichsfinanzreform aus den Händen der Konservativen und des Zentrums entgegenzunehmen und den Liberalismus auszuschalten, so mag er es tun und gemeinsam mit jenen Gruppen auch die Verantwortung für die kommende Zentrumshegemonie übernehmen.“

Wir sind überzeugt, daß hier die Auffassung der sächsischen Nationalliberalen prägnant zum Ausdruck kommt. Bereits im März d. J. hat sich der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins in ähnlicher Weise vernehmen lassen.

Die Badereise des Fürsten Eulenburg.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: Eine unbehagliche Affäre macht seit ein bis zwei Wochen in deutschen Landen von sich reden. Sie würde noch mehr von sich reden machen, wenn nicht die Finanznöte und der konservativ-kerikale Kampf um die Macht uns zur Stunde so auf den Nägeln brennten: Fürst Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, der — so war doch die Fiktion, die ihm auf seinem idyllischen Landsitz zu leben erlaubte — so leidend ist, daß er weder am Gerichtsstatt gebracht werden konnte, noch länger in milder Krankheit zu halten war, hat sich nach kurzer, nachträglicher Verständigung der kgl. Staatsanwaltschaft auf eine lange, beschwerliche Reise begeben. Er ist zur Kur nach Gastein in die steirischen Berge gefahren. Dort lebt er, der, wenn er nicht vom Jahre so bedauernswert erkrankt wäre, vermutlich jetzt von jedem Buchtausaufseher mit dem vertraulichen „Du“ angeredet würde, unter dem wohlklingenden Pseu-

donym eines Grafen von Hamm: ein Partikulier von Distinktion, ein illustrier Badegast. Uns will scheinen: man kann diesen Handel gar nicht ernst genug nehmen. Das ist doch geradezu eine offene Verhöhnung aller staatlichen Gewalten, eine grinsende Verspottung der Fundamente, auf denen jedwede staatliche Ordnung ruht. Und — das wolle man bitte nicht vergessen — eine Verspottung, die ohne eine gewisse Mitschuld eben dieser staatlichen Organe doch nicht möglich geworden wäre. Hier und da bemüht man sich solche Mitschuld zu leugnen: Die Justizorgane hätten getan, was sie tun mußten; den Gutachten der Medizinalbehörden hätten sie sich zu fügen gehabt. Leider können wir nicht finden, daß damit alle Unbehaglichkeiten, die diesen Fall seit Jahr und Tag schon umwintern, ausgeräumt wurden. Nach unserem Dafürhalten gab es in dieser in mehr als einer Beziehung traurigen Affäre doch nur zweierlei. Schweren Meinendes hinreichend und dringend verdächtig ist der Fürst Philipp zu Eulenburg und Hertefeld nach wie vor. Im letzten Prozeß Moltke gegen Harden haben Staatsanwalt und Gerichtsvorsitzende sogar deutlich zu erkennen gegeben, daß sie ihn für schlechthin überführt erachteten. Entweder also war Fürst Eulenburg nicht transportfähig; dann mußte jede Luftveränderung, schon jede Ueberführung in einen anderen Raum von ihm ferngehalten werden. Oder aber er war doch transportabel: dann war er schonend zwar, aber auf dem schnellsten Wege vor das Tribunal zu führen, dem er unter solchen Umständen zu lange schon entzogen war. Aber ein drittes kann und konnte es nicht geben, soll nicht die Ueberzeugung, daß in Preußen-Deutschland Recht gesprochen wird ohne Ansehung der Person, ins Schwanken geraten. Und ohne diese Ueberzeugung als Gemeingut ist wahres Staatsgefühl gar nicht zu denken.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser wohnt gegenwärtig an Bord der „Deutschland“ bei Kiel Vorfahrungen der Flotte nach einem besonderen Programm bei.

— Ein Besuch des Zaren beim Kaiser. Nach einer Petersburger Meldung des „Tag“ gedenkt Kaiser Nikolaus den Besuch des Deutschen Kaisers bei Gelegenheit seiner großen Auslandsreise im Laufe dieses Sommers zu erwandern. Der Ort der Zusammenkunft ist noch nicht endgültig festgesetzt, doch scheint Kiel in Aussicht genommen zu sein, wo der Zar auf seiner Yacht „Standart“ und in Begleitung mehrerer Kriegsschiffe auf seiner Besuchsfahrt nach Frankreich und England einen zweitägigen Aufenthalt nehmen will.

— Die Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister und leitenden Minister, die für den gestrigen Dienstag in Berlin in Aussicht genommen worden war, ist auf morgen Donnerstag verschoben worden. Die Herren werden die Ersatzsteuer-Vorschläge des Reichsschatzsekretärs fix und fertig vorfinden und zu diesen wie zu den Beschlüssen der Finanzkommission Stellung nehmen können. Am Dienstag der neuen Woche geht's dann im Plenum des Reichstags los. Fürst Bülow persönlich wird die Vorlagen der verbündeten Regierungen im Plenum vertreten. Er verzichtet aus diesem Grunde auf die Begleitung des Kaisers zur Zusammenkunft mit dem Zaren. Einige Pariser Blätter greifen diese Tatsache begierig auf, um an ihr zu demonstrieren, wie verzweifelt doch die finanzielle Lage des deutschen Reiches sei. So schlimm stehen die Dinge bekanntlich keineswegs. Die Finanzlage des Reiches ist im Augenblick keine glänzende, und noch trüber sind die Aussichten auf das Zustandekommen der Finanzreform; aber es so darzustellen, als ob Deutschland nun schon unmittelbar vor dem Bankrott stünde, das ist denn doch wohl das Berkehrteste, was behauptet werden kann.

— Das Obergutachten über den Fürsten

Eulenburg, das von der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen eingefordert wurde, geht seinem Abschluß entgegen. Ein Auszug aus ihm konnte bereits der Staatsanwaltschaft zugestellt werden. Darnach sollen der Wiederaufnahme des Verfahrens keine Bedenken mehr entgegenstehen. Fürst Eulenburg würde daher bald zur Rückkehr nach Liebenberg aufgefördert werden.

— Die englischen Arbeiter-Führer, die nun ihren geistlichen Landsleuten in Deutschland Platz gemacht haben, sprachen sich beim Abschiede sehr anerkennend aus über die Art, wie sie aufgenommen wurden, und über das, was sie gesehen. Was der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg auf der Abschiedsfeier den englischen Arbeiterführern sagte, hat diesen besonders gut gefallen. Der Staatssekretär warnte vor kritiklosem Bücher- und Zeitungsstudium und empfahl allen, die es angeht, fremde Staaten, Völker und Einrichtungen durch persönlichen Besuch kennen zu lernen. Deutsche und Engländer könnten sehr gut mit einander wirken, das hätten sie bei der Bekämpfung der Heuschrecken-Plage in Südafrika bewiesen. Es gäbe aber auch anderwärts Heuschrecken, auch in Deutschland und in England, und die gelte es, zu bekämpfen, da sie das gute Einvernehmen zwischen den Völkern störten. — Die englischen Geistlichen, mehr als 100 an der Zahl, trafen am heutigen Mittwoch in Guxhaven ein.

— Von der deutschen Luftschiffahrt. Das von der Rheinisch-Westfälischen Motorluftschiffgesellschaft in Elberfeld erbaute Luftschiff nach dem unifarren System des Aeronautes Erbschiff ist nahezu vollendet. Es hat eine Tragfähigkeit von 20 Personen, der Ballon faßt 3000 Kubikmeter. Der Bau nimmt deshalb besonderes Interesse in Anspruch, weil das Kriegsministerium in Anerkennung der Bestrebungen der Gesellschaft einen Zuschuß von 16000 Mark für das erste Jahr und einen weiteren für die nächsten vier Jahre bewilligt. Im August wahrscheinlich werden Aufstiege unternommen.

— Die Urheberchaft des Berliner Zeppelin-Telegramms. Die auf Wunsch des Kaisers angestellte Untersuchung hat, dem Vernehmen nach, folgende Ergebnisse. Das Hauptquartier hat die falsche Information auf indirektem Weg erhalten. Das Berliner Tageblatt wandte sich am Pfingstsonntag an den (mit der Vertretung des in Wiesbaden zur Kur weilenden Polizeipräsidenten betrauten) Geheimen Regierungsrat Friedheim und bat um die Erlaubnis zur Herstellung eines Extrablatts, da auf der Redaktion aus Leipzig die Nachricht eingegangen sei, daß Graf Zeppelin seine bevorstehende Ankunft nach Berlin gemeldet habe. Auf Veranlassung Geheimrat Friedheims benachrichtigte das Kommando der Berliner Schutzmansschaft den Flügeladjutanten vom Dienst, der seinerseits dem Kaiser Meldung von der angeblichen Ankündigung des Grafen Zeppelin machte. Diese Meldung veranlaßte die Fahrt des Kaisers nach dem Tempelhofer Felde.

— Die Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft m. b. H. hat, wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, auf eine an sie ergangene Anfrage erwidert, daß sie vorerst nicht daran denken könne, Luftschiffe für das Ausland zu liefern, da sie ihre Schiffe mit nationalen Mitteln erbaue.

— Der sozialdemokratische Parteitag findet vom 12. bis 18. September in Leipzig statt. Die Hauptvorträge halten Fischer über die Maifeyer und Robert Schmidt über die Reichsversicherungsordnung. Vebel hat wegen seines leidenden Gesundheitszustandes auch für den diesjährigen Parteitag kein Referat übernommen, auch der „Märtyrer“ Liebknecht ist mit einem solchen nicht bedacht worden.

— Der Postüberweisungs- und Scheckverkehr im Reichspostgebiet. Ueber die Entwicklung des am 1. Januar in Kraft getretenen Postüberweisungs- und Scheckverkehrs gibt der nunmehr vorliegende Abschluß über das erste Vierteljahr Auskunft. An Gutschriften sind rund 508 Millionen, an Lastschriften rund 477, Millionen gebucht. In-

